



djoNRW Wahlprüfsteine 2022

Anti-Rassismus

Einleitung: Rassismus hat viele Gesichter und ist kein rechtsextremes Randphänomen. Es kommt immer wieder zu rassistisch motivierten Übergriffen und Diskriminierungen, gerade auch gegenüber jungen Menschen. Es bedarf daher einer umfassenden rassismuskritischen Arbeit, die über Erscheinungsformen, Ursachen sowie Auswirkungen von Rassismus aufklärt - vor allem auf institutioneller und pädagogischer Ebene.

Die Landesregierung unterzeichnete die „Offensive für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft“, die u.A. eine rassismuskritische Untersuchung beinhaltet. Welche Anpassungen planen Sie in Institutionen und bei der Ausbildung von Beamt*innen und Pädagog*innen, um sie rassismuskritisch zu gestalten?

Antworten:



Wir lehnen alle Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ab und treten ihr entschieden entgegen. Deshalb haben wir die Strukturen für Antidiskriminierungsarbeit vor Ort gestärkt und auf Landesebene ein Konzept für Meldestellen geschaffen. Erste Umsetzungsschritte sind zum Beispiel mit der Berufung einer Antisemitismusbeauftragten für Nordrhein-Westfalen erfolgt. Mit der Kampagne „Ich Du Wir NRW“ haben wir Integrationsvorbilder aufgezeigt und werben für interkulturelle Sensibilität und Offenheit. Insbesondere im öffentlichen Dienst. Grundsätzlich entscheiden die Hochschulen selbst über ihre Lehrangebote, Wir sind aber fest davon überzeugt, dass sie sich strikt an unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung orientieren und die Würde des Menschen immer im Mittelpunkt steht.



Die SPD setzt sich gegen jede Form der Diskriminierung ein. Die Sensibilisierung der Gesellschaft und insbesondere im öffentlichen Dienst muss gesteigert werden. Die Negativbeispiele in der Polizei in den vergangenen Jahren nehmen wir zum Anlass für die Polizeibeamten eine Studie im Sinne eines Lagebilds „Rechtsextremismus und Rassismus“ in Auftrag zu geben. Um den Betroffenen die Möglichkeit zu eröffnen, Gerechtigkeit zu erfahren, werden wir außerdem eine unabhängige Beschwerdestelle einrichten.

Die SPD Landtagsfraktion hat einen 55 Punkte umfassenden Masterplan gegen Rechtsextremismus in den Landtag eingebracht. Darin ist unter andere, festgehalten, dass die Polizei-, Sicherheits- und Justizbehörden für rechtsextreme Einstellungen und Taten stärker sensibilisiert werden müssen. Zudem muss ein Lagebild Antisemitismus, Rassismus und Diskriminierung erstellt werden. Dieses Lagebild ist erforderlich, um bereits frühzeitige Warnsignale wahrnehmen und reagieren zu können.





Für uns ist klar, dass für Rassismus und Diskriminierung in unserem Land kein Platz ist, dementsprechend nehmen wir Fälle von Rassismus und Extremismus im Öffentlichen Dienst sehr ernst. Daher wollen wir die Förderung von Projekten weiter ausbauen, die aktiv gegen Diskriminierung jeder Art vorgehen, bspw. von LSBTIQ*. Dazu zählen u.a. Aufklärungs- und Toleranzprojekte in Schulen und Jugendarbeit. Bei der Lehrkräftefortbildung soll der Fokus auch auf überfachlichen Themen liegen, die im Alltag der jeweiligen Schule und Lehrkräfte von besonderer Bedeutung sind, wie z. B. Integration und Inklusion. Die Arbeit der Extremismusbeauftragten für die Polizeibehörden werden wir weiter gezielt stärken. Insgesamt setzen wir uns für mehr demokratische Bildung für alle in unserem Land Lebenden ein und werden mit einer neuen Antidiskriminierungsstrategie das bisherige Engagement unseres Landes systematisieren und verstärken.



Rassismus durchzieht unsere gesamte Gesellschaft und seine Strukturen. Daher braucht es auch strukturelle Instrumente, um für eine höhere Sensibilität und rassismuskritische Haltungen in den Institutionen zu sorgen. Wir wollen niedrigschwellige Meldewege und Anlaufstellen schaffen, damit Vorfälle schnell gemeldet, aufgearbeitet und – wenn die Schwelle zur Strafbarkeit erreicht ist – auch geahndet werden können. Dafür wollen wir beispielsweise eine*n unabhängige*n Polizeibeauftragte*n und eine*n Antidiskriminierungsbeauftragte*n in der Polizei einrichten. Darüber hinaus wollen wir eine Landesantidiskriminierungsstelle einrichten und ein Landesantidiskriminierungsgesetz einführen, damit auch gegen Diskriminierungsfälle, die in Landesbehörden auftreten, rechtlich vorgegangen werden kann. In den Behörden wollen wir durch Supervision mehr Räume für (Selbst-) Reflexion schaffen. In den Bereichen, wo es notwendig ist, wollen wir mit Rotation arbeiten, damit sich nicht verfestigte Strukturen und ein schädlicher Korpsgeist bilden kann. Durch bessere Qualifizierungen für Führungskräfte und verpflichtende Fortbildungen zum Themenfeld Rechtsextremismus und Rassismus sowie Menschenrechtsbildung wollen wir für eine höhere Sensibilisierung und Thematisierung des Phänomens in den Behörden sorgen. Außerdem wollen wir eine Studie zu Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in der Polizei in Auftrag geben sowie einen NRW Monitor zu menschenverachtenden Einstellungen in NRW auflegen. Nicht zuletzt werden wir die Beratungsstruktur im Bereich Rechtsextremismus und Rassismus, wie die Beratungsstellen für Opfer rechter und rassistischer Gewalt oder die mobile Beratung gegen Rechtsextremismus, deutlich finanziell stärken. So können mehr Betroffene von rechter Gewalt sowie Schulen und andere Institutionen im Umgang mit rechtextremen und rassistischen Vorfällen unterstützt und begleitet werden.



Deutsche Jugend in Europa
Landesverband NRW e.V.



Rassismus ist leider Alltag für viele Menschen. Dieses zu erkennen und dem entgegen zu steuern muss elementarer Bestandteil der Ausbildung zum Beispiel von Polizist:innen, Pädagog:innen und Sozialarbeiter:innen werden. DIE LINKE fordert einen konsequenten Ausbau des Diskriminierungsschutzes auf allen Ebenen. Das Land NRW muss auf Landesebene alle diskriminierenden und ausgrenzenden Gesetze und Vorschriften abschaffen und sich auf Bundesebene für die Beseitigung solcher einsetzen. Das ist auch ein zentraler Baustein im Kampf gegen Rassismus und Diskriminierung.

Wir wollen:

- Verfahren der Einbürgerung vereinfachen und Gebühren abschaffen
- Zulassung von Doppel- und Mehrfachstaatsangehörigkeiten erleichtern
- Wahlrecht für alle ermöglichen, die hier dauerhaft leben
- Eine Bleiberechtsregelung für geduldete und illegalisierte Menschen schaffen
- Landesintegrationsrat stärken und besser in parlamentarische Prozesse einbeziehen
- Antidiskriminierungsgesetz für NRW einführen



Wir fordern zuerst eine flächendeckende Rassismusstudie in allen Behörden des Landes NRW und herauszufinden, wo die größten Missstände herrschen. Außerdem wollen wir eine unabhängige Beschwerdestelle nach dänischem Vorbild einrichten um Fälle von Rassismus und Diskriminierung unabhängig untersuchen zu können. In die Ausbildungen der Beamt*innen aller Landesbehörden sollen verstärkt Inhalte zu politischer und ethischer Bildung und Antidiskriminierung integriert werden.